

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

N. 14.

Mittwoch, den 18. Januar

1882.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 M. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Einzelne Nummern 8 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingefandt 20 Pf.

Waldenburg, 17. Januar 1882.

Etwas vom Giftbaum.

Vor einiger Zeit erzählten wir, wie das Haus Rothschild im Kampfe gegen den Börsenkönig Bontour, einem früheren Buchhalter Rothschilds, derartig „reinfiel“, daß sich ein Mitglied der Familie Rothschild aus Gram über die verlorenen Millionen das Leben nahm und Millionen über Millionen, man sprach von gegen 150 Millionen, an die siegreiche Bontour'sche Börsengruppe als Beute gezahlt werden mußte.

Man kann sich denken, daß dieser Schlag das jüdische Börsenhaus gewaltig wurmt. Hatte es doch bisher mit seinen Verbündeten die Börse beherrscht und mußte es plötzlich erleben, daß ihnen ein Neuling in den Schlichen und Pfiffen der Börse über war, ja eine geradezu erstaunliche Verliebtheit bekundete.

Nichtsdestoweniger beschloß das Haus Rothschild, mit Hilfe seiner Verbündeten einen neuen Feldzug gegen Bontour und Genossen zu unternehmen. Man schloß mit einer berüchtigten südfranzösischen Gründerbank ein Schutz- und Trugbündniß ab und beschloß, den Kriegsschauplatz diesmal gleich ins feindliche Gebiet zu verlegen, nämlich nach Oesterreich, woselbst Bontour zur Zeit mit der Länderbank noch immer Triumphe feiert. Nichts Geringeres hatte man im Sinn, als der Länderbank ein Konkurrenz-Institut gegenüber zu stellen.

Zu dem Zweck ließ man zunächst in gekauften Blättern die österreichische Schiffsahrtsgesellschaft Lloyd in Triest als ein faules und nichtswürdiges Institut angreifen und zugleich erklären, daß ein anderes Institut Oesterreichs Schiffsahrt heben werde. Eine zweite Schiffsahrtsgesellschaft mit Staatszuschuß müsse in Triest gegründet werden, dann werde es besser werden.

Die guten Oesterreicher waren wirklich im Begriffe, auf den Beim zu gehen. Die „Rettung Triests“ ward zum Schlagwort. Rothschild und Genossen hatten dies erwartet und hielten eine neue Bank, die „Maritime Creditbank“, bereit, die gegebenen Falls eintreten sollte.

Indessen die Hauptsache fehlte, nämlich die staatliche Concession der Bank. Diese hoffte man dadurch zu erreichen, daß man den Führer des Centrums im österreichischen Abgeordnetenhaus, den Prinzen Alois Liechtenstein, zum Präsidenten der neuen Bank machen wollte. Den etwas mißtrauischen Prinzen glaubte man dadurch umstimmen zu können, daß man einige, das neue Unternehmen empfehlende Artikel in das Leiborgan des Prinzen einschmuggeln wollte. Man hatte zu dem Zweck auch schon einen Ingenieur zur Hand, welcher mit dem Chefredacteur des Blattes befreundet war und dem man für seinen Liebesdienst Geld und eine gute Anstellung bei der neuen Bank in Aussicht stellte. Indessen der Ingenieur war ein ehrlicher Kerl. Er deckte den Schwindel auf; die Artikel kamen nicht ins Blatt, Prinz Liechtenstein wurde nicht zum Präsidenten gewonnen und die Concession der neuen Bank wurde schließlich verweigert.

Das war ein harter Schlag für die Rothschild-Gruppe, der noch dadurch erschwert wurde, daß Bontour von der Sache Wind bekam und Gegenmaßnahmen traf.

Aus der neuen Bank und dem Sturze Bontour's war also nichts geworden, wohl aber machte die südfranzösische Bank, die bei der Gelegenheit sehr stark ins Zeug gegangen war, Bankrott und Bontour hatte somit einen zweiten Sieg über die Gebrüder Rothschild davon getragen.

Ob nun die Rothschilds den Kampf von Neuem aufnehmen werden, muß vorläufig dahingestellt

bleiben. Sie werden gewiß Alles aufbieten, um die Herrschaft über den Börsenschwindel zu behaupten. Bedenklich sind aber auch die Bontour'schen Grünungen. Allem Anscheine nach wird es sowohl in Frankreich wie in Oesterreich wieder zu einem großen Börsensturz kommen, bei welchem nicht die großen Börsianer, sondern das leichtgläubige Volk mit seinem Geld die Zeche bezahlen wird. Es möge sich daher Jedermann vor allen unsicheren Börsenpapieren und faulen Börsenspielerien gewarnt sein lassen.

Waldenburg, 17. Januar 1882.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Reichskanzler hat in den letzten Tagen, wie die „N. N. Z.“ mittheilt, mehrfach an theilweise recht schmerzhaften Anfällen von Zechia (Hüftweh) gelitten und ist dadurch verhindert worden, an den Geschäften, namentlich an den Reichstags-Sitzungen, theilzunehmen. Er befindet sich aber jetzt auf dem Wege der Besserung.

Die Sitzungen des Reichstags dürften voraussichtlich nicht bloß die gegenwärtig begonnene Woche, sondern auch die nächstfolgende Woche noch in Anspruch nehmen, da es nicht möglich wird, die nöthigsten Geschäfte, welche dem Hause noch obliegen, schon früher zu erledigen. Bei den am 17. d. zur Berathung gestellten Wahlprüfungen wird es eine sehr scharfe Debatte geben und wird nicht nur die letzte Rede des Ministers des Innern, sondern auch der Allerhöchste Erlass vom 4. d. M. an das preussische Staatsministerium Seitens der Fortschrittspartei in die Discussion gezogen werden.

Die Petitions-Commission des Reichstags beschäftigte sich am 12. mit einer Anzahl von Petitionen von Vereinen und Privaten wegen Beschränkung resp. Verbots der Vivisection. Als Referent fungirte Abg. Dr. Hiltner, als Correferent Abg. von Bönninghausen. Die Abgg. Reiningger (Württemberg) und Dr. Papellier bekämpften die Vivisection in ihrer jetzigen Ausdehnung und vom Abg. Reiningger wurde der Antrag gestellt, den Reichskanzler zu ersuchen, eine gesetzliche Bestimmung dahin gehend zu treffen, daß Vivisectionen, welche mit Qualen für das Versuchsobject verbunden sind, ohne daß sie ernstlichen wissenschaftlichen Zwecken dienen, mit einer Geldstrafe von 600 M. oder entsprechender Gefängnißstrafe belegt werden. Die Abgg. Freiherr v. Manteuffel, Ketter, Dr. Thilenius und v. Koller sprachen sich wegen des großen wissenschaftlichen Wertes zu Gunsten der Vivisection aus. Der Antrag Reiningger wurde mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt, der des Referenten auf Abweisung der Petitionen gegen 2 Stimmen angenommen, jedoch mit der Bestimmung, daß ein Bericht hierüber an das Haus gelange.

Das preussische Abgeordnetenhaus wählte seinen früheren 1. Präsidenten, v. Köller (cons.), mit 350 von 364 Stimmen wieder, ersetzte aber den 1. Vicepräsidenten v. Benda (nat.-lib.), der nur 152 Stimmen erhielt, durch den clericalen Abg. v. Heeremann und wählte als 2. Vicepräsidenten den nat.-lib. Abg. Stengel wieder und zwar mit 274 von 334 Stimmen.

Zu den Verhandlungen über den Antrag Windthorst erheben jetzt auch die Officiösen ihre Stimme, beschränken sich aber auf folgende Bemerkung: „Die Haltung der liberalen Presse bei der Entscheidung über den Windthorst'schen Antrag liefert jedenfalls den Beweis, daß das im Jahre 1880 bei Einbringung der Vorlage vom 19. Juni erhobene Geschrei über den Antritt der Reise nach Canossa entweder ein völlig unaufrichtiges war, oder daß die Herren

sich sehr gründlich befehrt haben. Denn sie gehen in der Höhe des Preises, den sie gewähren wollen, um den Frieden mit Rom herbeizuführen, beträchtlich weiter, als die Staatsregierung. Wenigstens von einem großen Theil der Liberalen gilt dies ohne Widerspruch, wobei die bekannte Ausnahme des Herrn Hänel und seiner engeren Freunde in der Fortschrittspartei, der Nationalliberalen und eines Theiles der SeceSSIONisten nicht übersehen wird.“ Daraus wäre zu entnehmen, daß die Staatsregierung nur einen sehr geringen Preis bezahlen will.

Aus Berlin klagt man, daß die Ausgaben für das Schulwesen in unerhörter Weise steigen. Schulgeld wird in den Communal-schulen nicht erhoben, der Unterricht wird vielmehr unentgeltlich erteilt. Es ist daher allerdings erklärlich, daß die Kosten für die Schulen lawinenartig anschwellen. Es giebt jetzt schon 121 Communal-schulen, erfahrungsmäßig müssen bei dem jetzigen Zuwachs der Bevölkerung jährlich 150 neue Classen eingerichtet werden, die natürlich die Erbauung neuer Schulhäuser erfordern.

Dem preussischen Landtage ist eine kirchenpolitische Vorlage zugegangen. Dieselbe schlägt die Erneuerung des mit Anfang d. J. außer Kraft getretenen Discretionargesetzes vor. Ferner werden für die Regierung jene discretionären Befugnisse zur Wiederzulassung abgesetzter Bischöfe und zur Dispensation von den Bestimmungen über die Vorbildung zum geistlichen Amte gefordert, welche das Abgeordnetenhaus 1880 verwarf. Weiter wird eine endgiltige Abänderung der Maigesetze insofern vorgeschlagen, als die Bestimmung über den Einspruch gegen die Anstellung von Geistlichen abgeändert werden soll; die wesentlichste Abänderung ist, daß die Berufung gegen den vom Oberpräsidenten erhobenen Einspruch nicht an den kirchlichen Gerichtshof, sondern an den Cultusminister gehen soll. Endlich soll das Staatsministerium für gewisse Bezirke widerruflich auf die Erfüllung der Anzeigepflicht verzichten dürfen, soweit es sich um Geistliche handelt, welche nur zur Hülfsleistung im geistlichen Amte bestimmt sind, d. h. um Vikare u. nicht um Pfarrer.

Oesterreich.

Am 16. d. fand ein Ministerrath über die Unruhen in Süddalmatien und der Herzegowina statt. Die Einberufung der Delegationen, welche der Reichskriegsminister Graf Bylandt-Reibitz und der ungarische Ministerpräsident Tisza forderten, soll beschlossen sein. Der Rücktritt des Kriegsministers gilt vorerst als verschoben. Die Nachrichten aus Süddalmatien sind andauernd ungünstig.

Frankreich.

Der Senat erwählte mit 141 Stimmen gegen 85 Stimmenenthaltungen Leon Say zum Präsidenten. Zu Vicepräsidenten wurden Rampon, Leroyer und Calmon wiedergewählt.

Rußland.

Der „Warschauer Kurier“ bringt aus der Feder eines Herrn Boleslaw Prus einen Artikel über die sociale Stellung der Juden in Polen. Herr Prus will, daß man einen wesentlichen Unterschied mache zwischen solchen Juden, welche als eine finanzielle Macht in Polen gelten können, sich an dem geistigen und moralischen Leben der Nation beteiligen, für Kunst und Wissenschaft Interesse hegen, ein offenes Herz und offene Hände für die Nothleidenden haben — und auf der anderen Seite solchen Juden, die beinahe ausschließlich mit den ärmeren Volksklassen in Verbindung stehen. Ueber diese, die eine erdrückende Majorität bilden, äußert sich der „Kurier“ folgendermaßen: Die wahren Juden, die wir in Polen sehen, haben mit keinem der Vorurtheile ihrer Race gebrochen. Sie fahren